

# Was tun, wenn wir selbst diejenigen sind, vor denen wir immer gewarnt haben?

## Plädoyer für einen praktischen Linksradikalismus

Klaus-Rainer Rupp und Christoph Spehr, Frühjahr 2008 (?)

Der Freitag-Redakteur Hans Thie begab sich vor einigen Jahren auf eine persönliche Umfragetour zur konkreten Utopie. Thie wollte von Linken wissen, was sie tun würden, wenn endlich einmal die Machtverhältnisse zu ihren Gunsten wären. Er fragte Gabi Zimmer, was sie tun würde, wenn die PDS bei den Wahlen 2002 auf 53 Prozent kommen würde. Er fragte Rudolf Hickel, was er tun würde, wenn er statt Wim Duisenberg Chef der Europäischen Zentralbank wäre, an der Spitze eines mit linken Ökonomen besetzten Stabes. Er fragte alle möglichen Linken. Thie war nicht zufrieden. Sein Befund: Die Frage, was die Linke wirklich tun würde, wenn sie nicht durch die ungünstigen Kräfteverhältnisse gehindert würde, wird in der Regel nicht gestellt. Offenbar, so Thies Ergebnis, denkt niemand so<sup>1</sup>.

Die Position eines Abgeordneten im politischen System der Bundesrepublik ist, verglichen mit den obigen Beispielen, von sehr viel begrenzterem Einfluss. Trotzdem ist man auch darauf nicht wirklich vorbereitet, wenn ein Landesverband einer linken Partei erstmals eine Fraktion in den Landtag schicken kann. Die Frage: Was würden wir tun, wenn wir an dieser Position wären, wie würden wir unsere grundsätzlichen Ansprüche dann in konkretes Handeln umsetzen – stellen wir uns vorher kaum.

Man kann konstatieren, dass es eine sehr breite Koalition von Leuten gibt, die der Meinung sind, man könne typische linke Ansprüche mit der Position als Parlamentarier gar nicht zusammenbringen. Da sind zum einen die etablierten Parteien und die Interessengruppen, die seit langem Zugang zu Macht haben. Sie behaupten, dass man alles nur genau so machen könne, wie sie das machen, und sagen zu allem anderen grundsätzlich: „Das geht überhaupt nicht.“ Jede Abweichung von der herrschenden Politik gilt pauschal als unmöglich, ja kontraproduktiv.

Aber auch erhebliche Teile der Linken, bis hin zu Teilen der eigenen Partei, gehen davon aus, dass man als linker Parlamentarier nichts bewegen kann. Weil ja Kapitalismus ist, weil die Machtverhältnisse so sind wie sie sind, weil Parlamentarismus eben nur Opium fürs Volk ist und die eigentlichen Entscheidungen da gar nicht fallen. Man tauscht, so die Ansicht, nur Personal und Parteien aus, aber das System der Herrschaftsbeziehungen lässt sich dadurch nicht ändern.

Beide Positionen sind nicht völlig aus der Luft gegriffen. Wahlprogramme und linke Aufsätze funktionieren tatsächlich nicht, wenn man sie als Anträge einbringen oder gar zu Regierungsbeschlüssen erheben wollte. Wahlprogramme und linke Texte sind dafür nicht konkret genug, sie haben nicht den Charakter konkret umsetzbarer Vorlagen. Sie sind abstrakt, berücksichtigen viele Probleme nicht, und natürlich sind sie nicht, wie das Zauberwort der typischen Deputationsvorlage heißt, „abgestimmt“ mit der Verwaltung, mit anderen Ressorts oder relevanten Institutionen. Sie konzentrieren sich auf die Analyse und auf die grundsätzliche Richtung, und das ist auch ihre Aufgabe. Aber genau deshalb kann man sie nicht 1:1 in konkrete Politik umsetzen.

---

<sup>1</sup>Hans Thie: Über die selbst verschuldete Unmündigkeit der Linken und ihre mögliche Rückkehr in die politische Arena, in: Utopie kreativ 146,2002, S. 1080-1087.

Es stimmt auch, dass viele Entscheidungen nicht im Parlament fallen und wenn, dann nur zugunsten der vorgegebenen Kräfteverhältnisse. Entscheidungen fallen in Koalitionsausschüssen und Regierungssitzungen, in Parlamenten werden sie in der Regel nur nachvollzogen. Der Erfolg außerparlamentarischer Interventionen, die durchaus häufig sind, hängt ab von der realen oder vermuteten Macht der Akteure. Wenn Hachez sagt, die Umweltzone muss geändert werden, weil die Angestellten der Firma sonst ihre Autos umrüsten müssten, dann findet das Berücksichtigung. Wenn Hartz-IV-Empfänger sagen, der Heizkostenzuschuss muss an die realen Heizkosten angepasst werden, hat das nicht denselben Effekt.

Trotzdem darf die Macht von Parlamenten nicht unterschätzt werden. Ohne parlamentarische Beschlüsse geht gar nichts, nur durch sie entsteht Gesetzeskraft. Rein formal sind Parlamente in der Lage, wichtige und weitreichende Entscheidungen zu fällen und auch Machtkämpfe mit wichtigen Interessengruppen zu führen, wenn sie von anderen Gruppen dabei unterstützt werden.

Gerade in den letzten zehn Jahren, den Jahren seit Beginn der rot-grünen Koalition im Bund, haben Parlamente sich in hohem Maße selbst handlungsunfähig gemacht. Das ist eine andere Situation, als sie in den 60er und 70er Jahren bestand. Die klassische linke Kritik am parlamentarischen System, dieses sei per se ohnmächtig, geht daher heute am Kern des Problems vorbei. Parlamente schränken heute ihren Handlungsrahmen ständig selbst ein. Sie befinden sich auf der Flucht vor der Demokratie, auf der Flucht vor den tatsächlich bestehenden Möglichkeiten, auf der Grundlage gesellschaftlicher Kräfte- und Meinungsverhältnisse weitreichende Entscheidungen zu treffen. An dieser Situation muss linke Politik außerhalb und innerhalb von Parlamenten heute kritisch ansetzen.

## Die politischen Blutgruppen der Linken

Der Widerspruch zwischen der tatsächlichen Macht der Parlamente und ihrer Selbstverweigerung, diese Macht auszuüben, wird von der Linken meist wenig beachtet. Das hängt damit zusammen, dass die Linke dazu neigt, Widersprüche schematisch aufzulösen, weil sie sie nicht aushalten will. Wenn in konkreten Kräfteverhältnissen Politik gemacht wird, sehen typische Widersprüche so aus:

A	↔	B
Systemkritik	↔	Interessenvertretung
Kritik des bürgerlichen Parlamentarismus	↔	Kampf um Machtpositionen
Notwendigkeit grundsätzlicher Veränderung	↔	Notwendigkeit von Schritten und Kompromissen
Protest	↔	Lösungen

Die beiden Seiten A und B gehen in sich jeweils gut auf. Wenn man sich nur an A oder B hält, fühlt man sich gut und logisch und hat immer Recht.

Das Problem ist nur, dass man damit nichts erreicht. Im Fall von A kann man alles kritisieren, aber nichts verändern – es ist geradezu notwendig, dass man nichts verändert, denn das würde

den eigenen Grundannahmen widersprechen. Im Fall von B kann man mitspielen, aber nichts anders machen – der Anspruch der politischen Differenz kommt abhanden, weil man unter allen Umständen „anschlussfähig“ sein will. Man hört nach und nach auf, etwas zu wollen, was nicht in die herrschende Politik passt, denn damit würde man sich isolieren und vermeintlich alles verspielen.

A und B sind so etwas wie die Blutgruppen linker Politik. Über die Blutgruppen wird am meisten gestritten. Bezogen auf den Parlamentarismus, wollen die einen „den Protest in die Parlamente tragen“, die anderen „mitgestalten“. Das Wichtigste erscheint aber beiden, dass die andere Seite nicht zum Zuge kommt, denn das wäre wirklich falsch. Die Auswertung, was man eigentlich erreicht, kommt weiter unten auf der Tagesordnung, d. h. sie fällt meistens aus.

In der Praxis hält man reine A- oder B-Formen glücklicherweise kaum durch. B beginnt nicht erst beim Regieren. Wer im Parlament ist, hat irgendwo einen Ausschussvorsitz, verhandelt in Ausschüssen um Abänderungen, und tütet Dinge ein, die nicht dem entsprechen, was man eigentlich will. Wer auf die Straße geht, erhebt Forderungen, von denen er erwartet, dass sie realisiert werden können. Umgekehrt gilt: Wer selbst bescheidene linke Fortschritte im Kampf um Machtpositionen und konkrete Beschlüsse erringen will, spürt schnell, dass er auf Bewegung und auf die Verankerung in sozialen Gruppen und in einer breiteren Linken angewiesen ist, weil nur das garantiert, dass man ernst genommen wird. Den Widersprüchen entgeht man nicht, und das ist auch gut so.

Die Praxis lehrt uns also, dass es eine Blutgruppe AB geben muss, dass man beides zusammen hinkriegen müsste, Systemkritik und Interessenvertretung, grundsätzliche Alternativen und konkrete Schritte. Aber wie geht das? Was ist dabei wichtig? Welche Strategien lassen sich formulieren?

## **Der Kreislauf der Selbstentmachtung**

Um die Frage zu stellen: Was macht man als Linker in Parlamenten, ist es sinnvoll, sich zunächst die reale Situation der Parlamente in der Bundesrepublik genauer anzusehen. Laut Umfragen hat der Rückhalt für Parlamentarismus und Demokratie in den letzten Jahren dramatisch abgenommen, Tendenz weiter fallend. Lösungen und Fortschritte werden immer weniger von Parteien und Parlamenten erwartet. Statt dem klassischen „Die machen ja doch, was sie wollen“, hört man eher: „Die können ja doch nichts machen.“

Das ist wahr und auch falsch. Parlamente machen derzeit nicht viel mehr als eine Verwaltung des Mangels und der Probleme, plus Legitimationsbeschaffung für den neoliberalen Kapitalismus. In diese Situation haben sie sich aber selbst gebracht. Es gibt einen Kreislauf der Selbstentmachtung, der so aussieht:

**Selbstentmachtung** durch freiwillige z.B.: Steuersenkungen, Dienstleistungs-  
Einschränkung von Handlungsmöglichkei- richtlinie, „Gleichstellung“ öffentlicher  
ten und privater Anbieter



**Delegitimation** in der öffentlichen Politik löst keine Probleme, kaum Unter-  
Meinung, gerade bei „politikferneren“ schiede zw. Parteien, Menschen werden  
Gruppen belehrt oder beschimpft, nicht gehört



reale **Ohnmacht** der Politik, die immer geringere Wahlbeteiligung, abnehmende  
weniger Menschen mobilisieren kann Mitgliederzahlen, Amerikanisierung statt  
Kampagnen u. Bewegung

Das parlamentarische System, in den Händen der etablierten Parteien, diskreditiert sich derzeit selbst. Und das ist Programm. Die Selbstentmachtung, Delegitimation und Ohnmacht der Parlamente wird betrieben, um das neoliberale Programm durchzusetzen, der „schlanke“ Staat solle sich auf die Funktionen Polizei, Justiz, Finanzverwaltung beschränken, die soziale Kontrolle der Gesellschaft den Experten überlassen, und „der Wirtschaft“ nicht mit eigenen Ansprüchen in die Quere kommen.

Das sind keine abstrakten Überlegungen, sondern reale Politik. Am Beispiel Bremens etwa. Bremen ist seit Ende der 80er Jahre Haushaltsnotstands-Land. Das hat zu tun mit Strukturwandel und Niedergang der Werftenindustrie, aber auch mit der Tatsache, dass die Stadtstaaten im Länderfinanzausgleich schlecht wegkommen (Berlin kann seinen Haushalt nur decken, weil es im Moment noch 1,9 Mrd. Euro im Jahr zusätzlich erhält aus dem Zuschlag für die ostdeutschen Bundesländer, Hamburg ist als globales Zentrum die Ausnahme). Und natürlich mit der Senkung der Steuereinnahmen durch die „Steuerreformen“ auf Bundesebene. Bremen ist also pleite, gleichzeitig nehmen Armutsprozesse eklatant zu.

Die Große Koalition hat nach Ende der Sanierungshilfen 2005 eine Klage in Karlsruhe eingereicht, für die Bremen sich gleichzeitig verpflichtet hat, bis 2019 kontinuierlich Personal abzubauen und die Ausgaben für Soziales, Bildung, Arbeit, Kultur kontinuierlich zu kürzen, um genau vorgegebene jährliche Prozentzahlen. Die rot-grüne Koalition, die seit 2007 regiert, hat diese Verpflichtung vollständig übernommen.

Das ist Selbstentmachtung konkret. Die Selbstentmachtung der Bundespolitik durch Steuersenkungen und Niedersparen von Ländern und Kommunen wird nochmal gespiegelt und umgesetzt in die Selbstverpflichtung der Landespolitik, nichts Substantielles mehr zu tun, sondern nur noch Armutsverwaltung zu leisten. Beschäftigungsförderung, Wirtschaftsförderung und Kulturförderung laufen bereits fast ausschließlich über EU-Gelder ab und sind darüber geregelt. Auf Landesebene zu entscheiden ist, so die Botschaft, nahezu nichts mehr. Der Kreislauf der Selbstentmachtung ist geschlossen und funktioniert:

**Selbstentmachtung** durch Verpflichtung, nur noch zu sparen

- Parlament entmachtet sich selbst durch die Festlegung auf völlig abstrakte

Kürzungsvorgaben, die realen Ausgabennotwendigkeiten werden dem dann angepasst, statt umgekehrt;

- Das Parlament entmachtet sich auch gleich für die Zukunft. Weit über die Legislaturperiode hinaus wird festgelegt, dass immer weitere Kürzungen vorgegeben sind.



### **Delegitimation** von Politik in der Bevölkerung

- Die Grünen verteidigen den Sparkurs u.a. so: Die Überschuldung des Haushalts treffe zuallererst die Armen, deshalb sei die Forderung der LINKEN, Geld für Armutsbekämpfung auszugeben, in Wahrheit gegen die Armen gerichtet.
- Die Mitgliederverluste der SPD in Bremen sind überproportional
- Es gibt erhebliche rechtsextreme Stimmenanteile, vor allem in Bremerhaven.



### Reale **Ohnmacht**

- In der Föderalismuskommission und in Karlsruhe werden jetzt die Bremer Sparziele als selbstverständliches Minimum vorausgesetzt.
- Auch wenn die Steuereinnahmen wieder steigen (wie derzeit geschehen), liegen die Sparziele fest, weil sie losgelöst von allen äußeren Umständen sind.
- Die Mobilisierungsfähigkeit auch der Gewerkschaften ist gering, weil mögliche Adressaten von Forderungen, wie die SPD, ihre Handlungsunfähigkeit ja schon kommuniziert haben.

## **Systemkritisch, verständlich, operationalisierbar: Linke Politik am Beispiel der Haushaltsverhandlungen**

Die LINKE hat bei den Haushaltsverhandlungen in Bremen beispielhaft agiert, zur allgemeinen Überraschung. Sie hat sich intensiv mit der Finanzlage beschäftigt, hat öffentliche Anhörungen mit Initiativen, Verbänden, Betroffenen durchgeführt und diese zur Grundlage von Änderungsanträgen gemacht. Sie hat eine Broschüre mit Thesen zur Haushalts- und Finanzpolitik in Bremen herausgegeben und sich umfassend schlau gemacht. Am Ende brachte die LINKE im Haushaltsausschuss und im Parlament ein Paket von 42 Änderungsanträgen ein, die sowohl Anliegen aus den Anhörungen als auch Einstiegsmaßnahmen darüber hinaus umfassten. Der Finanzumfang der linken Anträge war, gemessen an den Problemen, relativ bescheiden, gemessen an der Selbstentmachtung der Bremer Politik aber relativ utopisch.

Die Anträge wurden abgelehnt, eine Reihe von Forderungen wurde dann aber von der Koalition selbst aufgegriffen, es wurden Kürzungen bei sozialen Projekten zurückgenommen usw. Die Verschiebung der Lohnanhebung im Öffentlichen Dienst wurde zeitlich verkürzt. Vor allem aber veränderte das Agieren der LINKEN zum Haushalt das politische Klima. Armut in Bremen ist seitdem ein Thema, an dem auch die anderen Parteien nicht mehr vorbei kommen.

Der Handlungsdruck, etwas gegen die zerstörerischen Folgen des Sanierungskurses der letzten Jahre zu tun, ist höher geworden.

Auf die Ebene des obigen Modells bezogen, hatte die LINKE eine probate Strategie entwickelt, wie man gegen den Kreislauf der Selbstentmachtung Politik von links machen kann:

### **Systemkritik** statt Selbstentmachtung

Die Linke hat in den Haushaltsberatungen einen systemkritischen Ansatz gewählt und sich nicht darauf beschränkt, innerhalb der Vorgaben der etablierten Politik zu agieren.

- „Soziale Schulden sind gravierender als finanzielle“.
- „Das Karlsruhe-Diktat brechen“
- Vorgegebene Politik wird zu keinen positiven Ergebnissen führen, sondern auch die finanziellen Probleme langfristig verstärken
- Andere Bund-Länder-Finanzbeziehungen sind nötig
- Steuerpolitik muss sich an Ausgabennotwendigkeiten bestimmen
- Armutsbekämpfung gehört ins Zentrum, nicht „Sanierung“



### **Verständlichkeit** statt Delegitimation

Die Linke hat sich um eine breit verständliche Aufbereitung der Situation, der Probleme und der Handlungsmöglichkeiten bemüht und diese öffentlich verbreitet, um den Konsens der Selbstbeschränkung aufzubrechen. Sie hat es vermieden, die Kritik an der Regierung vorrangig auf „easy targets“ wie handwerkliche Fehler, Klientelbedienung und Selbstbereicherung abzustellen, sondern die öffentliche Auseinandersetzung gesucht, was anders gemacht werden kann.

- Anhörungen mit Betroffenen
- Öffentlichkeitsmaterial
- Öffentliche Veranstaltungen
- Debatte im Parlament erzwingen



### **Operationalisierung** statt Ohnmacht

Die Linke hat konkrete Lösungsvorschläge erarbeitet, die in dieser Form unmittelbar umsetzbar wären.

- Konkrete Änderungsanträge zum Haushalt
- Konkrete Berechnung, was das kostet und welche Mehrausgaben sich insgesamt aus dem Paket der LINKEN ergeben würden
- Kontrollierte Überschreitung des vorgegebenen Handlungsrahmens und des Karlsruhe-Diktats: Steuermehreinnahmen zur Armutsbekämpfung nutzen statt zur Verringerung der Neuverschuldung, Armutsbekämpfung in den Mittelpunkt der Haushalts-Anforderungen stellen, sich zunächst auf die Punkte konzentrieren, die dafür einen unmittelbaren und effektiven Beitrag leisten

Ähnlich funktioniert auf Bundesebene die Mindestlohnkampagne. Sie enthält eine grundsätzliche Systemkritik, nämlich am Lohnsystem und dem Marktcharakter der Arbeit. Sie ist verständlich und klar nachvollziehbar. Sie beinhaltet Anträge und Vorschläge, die so konkret sind, dass man sie sofort hätte umsetzen können. Entsprechend groß ist der Druck, den diese Kampagne ausgelöst hat. Sie hat gezeigt, dass sinnvolle Arbeit in Parlamenten dazu beitragen kann, außerparlamentarische Kräfteverhältnisse zu verändern. Die Systemkritik, Verständlichkeit und Operationalisierbarkeit der Kampagne hat Menschen mobilisiert und gerade politikfernere Gruppen, auf die das politische Establishment glaubt wenig Rücksicht nehmen zu müssen, in die politische Arena hereingeholt. Dadurch verändern sich Kräfteverhältnisse, und die wirken dann auch wieder auf Regierungen und Parlamente.

Systemkritisch, verständlich, operationalisierbar: Das hat man sich unter der politischen Blutgruppe AB vorzustellen. Sie bewegt sich gedanklich außerhalb der scheinbar unverrückbaren Regeln, aber sie verfällt nicht der Illusion, der bloße Widerspruch allein werde es schon richten, sondern bemüht sich darum, allgemein nachvollziehbare Darstellungen zu finden und konkret umsetzbare Vorschläge zu machen.

## Der diskrete Charme von Lösungen

Die LINKE in Bremen hat mit ihrem Politikansatz allgemein überrascht, weil sie aus den vorgegebenen Rollen (A oder B) immer wieder ausgebrochen ist. Sie hat diesen Ansatz z.B. in ihrer Kampagne zur Armutsbekämpfung weitergeführt. Die Linksfraktion organisierte eine öffentliche „Armutskonferenz“, die Vorträge, Kulturbeiträge und Workshops mit Praktikern aus Stadtteilen, Initiativen und Verwaltung verband. Vorgeschaltet waren Diskussionsveranstaltungen eher theoretischer Art („Armut als Klassenprojekt“). Die Ergebnisse der Konferenz werden derzeit in Öffentlichkeitsmaterial umgesetzt. In die Bremische Bürgerschaft hat die LINKE einen Antrag eingebracht, der vom Senat die Aufstellung eines „Masterplan Armutsbekämpfung“ fordert und begründet.

Auch hier werden wieder Systemkritik, Verständlichkeit und Operationalisierung verbunden. Mit der Forderung nach einem „Masterplan Armutsbekämpfung“ wandert die LINKE wieder genau auf dem Mittelstreifen zwischen A und B. Die Politik in Bremen hat ein Faible für Masterpläne, es gibt Masterpläne zu allem und jedem. Der Begriff ist deshalb nicht durchweg beliebt, weil z.B. auch die neoliberale Umstrukturierung und Personalkürzung bei den öffentlichen Kliniken „Masterplan“ heißt. Der Grundgedanke, Formen politischer Steuerung zu entwickeln, die problemorientiert sind und nicht ressortorientiert, die Zielzahlen und Etappen enthalten und deren Fortschritt evaluiert und überprüft werden kann, ist aber nicht falsch. Es kommt darauf an, auf was man ihn anwendet und mit welchen Zielen. Bezogen auf das Thema „Armut“ bedeutet das, dass man sich nicht mit Verwaltung und „business as usual“ begnügt, sondern tatsächlich das Ziel formuliert, die sich rasend beschleunigenden Armutsprozesse zu stoppen und perspektivisch umzukehren. Die Selbstentmachtung der Politik wird durchkreuzt, sie wird nicht akzeptiert.

Vermutlich wird auch der „Masterplan Armutsbekämpfung“ im Parlament abgelehnt. Vermutlich wird die LINKE danach selbst einen Weg suchen müssen, wie sie ein solches integriertes Handlungskonzept der öffentlichen Hand konkretisiert. Ganz sicher ist die Ablehnung allerdings nicht. Die etablierten Parteien, insbesondere die regierenden Parteien SPD und Grüne, geraten durch solche Initiativen in eine Falle, aus der sie schwer entkommen. Wenn sie eine

solche Initiative ablehnen, müssen sie erklären, warum das mit ihnen nicht zu machen ist. Wenn sie Teile davon aufnehmen (was in der Praxis so läuft, dass sie einen eigenen, entschärften Antrag einbringen und beschließen), brauchen sie die LINKE und die von ihr erzeugte Bewegung in der Stadt, um diese Richtung durchzuhalten und zu Ergebnissen zu führen.

An der Schnittstelle zwischen Parlamentarismus (aus der Opposition) und außerparlamentarischer Bewegung verfolgt die LINKE so das Prinzip, „Ideen zu entwickeln, die so viel Charme haben, dass man ihnen nur schwer widerstehen kann.“ Das ist ein wichtiger Grundsatz geworden. Kritische, verständliche, operationalisierbare Ideen kann man mit entsprechenden Mehrheiten zwar ablehnen, aber man kann sie nicht abtun, man muss sich letztlich mit ihnen auseinandersetzen.

Von da aus kann man wieder auf die theoretische Ebene zurückkehren. Eine Autorin, die sich intensiv mit der Aushöhlung der Demokratie im heutigen Kapitalismus befasst hat, ist Chantal Mouffe. Nach Mouffe liegen das zunehmende Desinteresse der Bevölkerung und die zunehmende Handlungsunfähigkeit der Politik schlicht daran, dass es in der heutigen Politik zu 95 Prozent um nichts Wesentliches geht.

Das heißt nicht, dass Parlamente nicht tatsächlich ständig relevante Entscheidungen treffen. Aber sie kümmern sich um Details, Einzelfragen, um das Ausfüllen des vorgegebenen Rahmens. Große Teile der Entscheidungsfindung werden verlagert auf das Feld der Rechtsprechung oder der Mediation zwischen mächtigen Interessengruppen (das Schrödersche Modell der Hartz-Kommissionen). Alle Parteien streben zur „Mitte“ und werden sich dadurch immer ähnlicher in ihrer Programmatik. Unterschiede rühren aus ihrer Nähe zu konkreten Interessengruppen, aber sie betreffen nichts Grundsätzliches, jedenfalls wird darüber nicht öffentlich geredet. Das heißt, alle etablierten Parteien sind sich darin einig, dass die Bevölkerung auch über gar nichts Grundsätzliches debattieren und entscheiden soll, denn da stehen die Ergebnisse ja schon fest. Das heißt auch, die Politik bildet die Machtverhältnisse und Interessen in der Gesellschaft zwar ab, macht sie aber nicht zum Thema.

Ohne Konfrontation können aber Menschen gar nicht eingreifen, sich engagieren, „Partei ergreifen.“ Mouffe: „Eine gut funktionierende Demokratie erfordert die Konfrontation demokratischer politischer Positionen (...) Eine zu große Betonung des Konsenses, zusammen mit einer Abneigung gegenüber Konfrontationen, führt zu Apathie und zu Desillusionierung hinsichtlich politischer Partizipation. Aus diesem Grund erfordert eine demokratische Gesellschaft Debatten über mögliche Alternativen. Mit anderen Worten, obwohl Konsens notwendig ist, muss er von Dissens begleitet werden.“ Die Demokratie braucht, so Mouffe, die „Konfrontation zwischen Gegnern“, nicht die letztlich apolitische Konsensmaschine.<sup>2</sup>

Das darf man nicht als Schauspiel missverstehen. Das gibt es ja auch. Im Wahlkampf wird Konfrontation als Schauspiel inszeniert. Aber hinterher soll sofort wieder Ruhe im Karton herrschen, damit man koalieren kann und möglichst wenig entscheidet.

Die wirkliche Bedeutung der geforderten „Konfrontation“ hängt mit dem Widerspruch von A und B zusammen. Es geht ja wirklich nicht alles. Viele gehen den Weg von Bürgerinitiativen zu Bewegungen und dann zu Parteien, weil sie die Erfahrung machen: Vieles, wofür man sich spontan engagiert, kann man gar nicht isoliert ändern. Wenn man das eine ändern will, muss man viele andere Dinge auch ändern. Und damit man das durchsetzen kann, muss man sich mit denen einigen, die ein ähnliches Problem haben, aber das bisher gar nicht so sehen.

---

<sup>2</sup>Chantal Mouffe: Für eine agonistische Öffentlichkeit, in: Okwui Enwezor u.a. (Hrsg.): Demokratie als unvollendeter Prozess, documenta 11 Plattform 1, Kassel 2000, S. 101-112.

Politik macht nicht alles über Nacht anders (Modell A), aber sie kann auch nicht das akzeptieren, was heute als normal gilt (Modell B). Deshalb geht es um die Weichenstellungen. Wo kann man eine Weiche stellen, die eine andere Entwicklung auslöst? Dafür reicht es weder, nur die „Sachlage“ zu analysieren, noch, nur die „Kräfteverhältnisse“ zu analysieren. Man muss einschätzen, was weitreichende Wirkungen haben könnte, Eigendynamik auslöst, was aber auch „dran“ ist an dem, welche konkreten Probleme Leute haben und welche Erwartungshaltungen.

Im Idealfall ist das das Kerngeschäft von politischen Parteien, speziell von linken Parteien: Herausarbeiten, wieso etwas grundsätzlich schief ist (Systemkritik); darüber öffentlich und verständlich reden (Verständlichkeit); und konkrete Weichenstellungen definieren, an denen andere Optionen jetzt möglich sind (Operationalisierung). Wenn man das macht, dann raucht es. Und dann liegt man richtig.

## **Für einen praktischen Linksradikalismus**

Die konkrete Auseinandersetzung mit der Demokratie tut aber auch der Linken gut. Die Linke neigt dazu, sich die Gesellschaft zu einfach vorzustellen. Eine komplexe Gesellschaft abreißen und neu bauen ist aber einfach keine Option. Man kann ein Land nicht verwalten wie eine WG. Und Hand aufs Herz, in den klassischen linken WG's hat es ja auch nicht immer gut geklappt. Viele wollten irgendwann raus, viele waren demotiviert, und viele hatten das Gefühl, da steckt kein weiteres Entwicklungspotenzial mehr drin, es ist nicht mehr so produktiv, es entsteht ein linker Konservatismus, der jede weitere Dynamik erstickt. Das klingt ein bisschen nach DDR. Vielleicht nicht von ungefähr.

Wenn es stimmt, dass Demokratie Weichenstellungen braucht, dann hört das mit dem Kapitalismus nicht auf. Dann gibt es auch im Sozialismus organisierte Interessen und politische Organisation. Vielleicht ist es sogar besonders notwendig, gerade wenn bestimmte Antagonismen verschwinden. Dann ist es weiter die Aufgabe der Linken, mögliche Weichenstellungen herauszuarbeiten und öffentlichen Streit darüber auszulösen. Dann wird auch weiter regiert und opponiert, wenn auch in vielleicht anderen Formen. Und sehr wahrscheinlich auch in allen Gesellschaftsbereichen und gesellschaftlichen Einheiten: in Firmen, Schulen, Universitäten, Stadt- und Regionalparlamenten usw.

Die Aufgabe von Linken in Parlamenten wäre dann nicht zuletzt auch die, Erfahrungen zu machen und möglichst offen zu vermitteln, damit die Linke und die sie tragenden sozialen Gruppen sich das kulturelle Kapital aneignen können, das die anderen eben schon haben. Das ist neben den beiden Aufgaben, konkrete Verbesserungen der Lebensverhältnisse durchzusetzen und zur Verschiebung von Kräfteverhältnissen in der Gesellschaft beizutragen, eine dritte Hauptaufgabe von Linken in Parlamenten. Die Probleme und Konflikte müssen auf den Tisch, die Linke muss so offen wie möglich machen, welche Erfahrungen sie macht, und sich einer offenen Kritik ihrer Versuche stellen.

Wenn man sich auf dieses Feld begibt, betreibt man etwas, was man als „praktischen Linksradikalismus“ bezeichnen kann. Man lässt sich ein auf die Formen, wie in einer komplexen Gesellschaft Entscheidungen zustande kommen. Aber man weigert sich, die Schere im Kopf zu übernehmen, die damit üblicherweise verbunden ist. Und man wertet beständig öffentlich aus, was man damit erreicht und was nicht, und stellt sich der Diskussion darüber.

Wenn man sich auf einen praktischen Linksradikalismus einlässt, dann hat das Folgen. Es hat Rückwirkungen auf die Art, wie Linke arbeiten, auf die Vorstellungen, die wir uns von Demokratie und Sozialismus machen. Drei solche Rückwirkungen sollen hier abschließend aufgeführt werden.

**Erstens: Öffnung und Glaubwürdigkeit.** Wenn man die Orientierung verfolgt, Ideen zu entwickeln, deren Charme in ihrem kritischen und gleichzeitig umsetzbaren Charakter liegt, die in der wirklichen Gesellschaft überleben könne, dann stößt man auf die Notwendigkeit, linke Organisationen zu schaffen, die sich sozial und kulturell nicht nach außen abschließen. Mit linken Organisationen als abgeschlossenen, eingeschworenen Parallelgesellschaften kann man keine allgemein verständlichen, direkt umsetzbaren Konzepte entwickeln. Eine Linke, die praktischen Linksradikalismus propagiert, wird ferner automatisch daran gemessen, wie es mit Kritik, Verständlichkeit und Operationalisierung in ihren eigenen Reihen aussieht. Der Begriff der Glaubwürdigkeit verändert sich. Er bezeichnet nicht mehr die Fähigkeit, unter allen Umständen und für alle Ewigkeit an einzelnen Zielen und Vorstellungen festhalten zu können. Er bezeichnet vielmehr die Fähigkeit, das selbst zu praktizieren, was man im politischen Raum fordert: Dialog, Kritik, Öffnung.

**Zweitens: Partizipation und Verlagerung von Macht.** Parteien und Parlamente müssen auch dazu gebracht werden, Macht abzugeben. Das Erringen von Machtpositionen durch linke Organisationen muss auch dazu verwendet werden, Machtstrukturen abzubauen. Dazu gehören Formen direkter Demokratie und lokaler Selbstverwaltung, und zwar auch dann, wenn es um Geld geht. Dazu gehört, die Ressourcen der öffentlichen Hand systematisch für die Nutzung durch die Bevölkerung und durch demokratische Vereinigungen zu öffnen und große private Ressourcen ebenfalls der gesellschaftlichen Kontrolle und Öffnung zuzuführen. Dazu gehören Transparenz und Verständlichkeit politischer Debatte und Entscheidungsfindung. Dazu gehört, dass Parlamente ihre Macht nutzen, um Entscheidungen zu fällen, mit denen sie Menschen in Betrieben, Schulen, Stadtteilen, Familien mehr Macht geben, um gleichberechtigt an wichtigen Entscheidungen teilzunehmen. Wir wollen nicht nur einen Parlamentarismus mit den „richtigen“ Inhalten und dem „richtigen“ Personal, sondern wir wollen auch das parlamentarische System verändern, indem wir seine ausschließenden und entmachtenden Elemente abbauen.

**Drittens: Innerparteiliche Demokratie und demokratische Kontrolle.** Wenn man sich in die Strukturen des parlamentarischen Systems hineinbegibt, dann erlangt man damit Zugang zu Ressourcen, die Machtfragen aufwerfen. Eine Fraktion hat Zugang zu Informationen, Personal, Geld und Öffentlichkeit, den die zugehörige Partei nicht in gleicher Weise hat. Obwohl es die Partei ist, die gemeinsam durch den Wahlerfolg den Zugang zu diesen Ressourcen erringt, fallen sie danach in die private Verfügung der Abgeordneten. Hier müssen Lösungen gefunden werden, die eine Dominanz der Fraktion über die Partei vermeiden. Hier ist der heutige Parlamentarismus konkret bürgerlich, weil er dieses Problem ignoriert. So schließt er unter dem Leitbild der vollständigen Unabhängigkeit der Abgeordneten z.B. alle Formen von Abberufung aus, er schränkt die Nutzung materieller Ressourcen zugunsten Dritter (also auch Bewegungen und Initiativen) extrem ein, er lässt keine formale Bindung des Abgeordnetenverhaltens an die demokratische Beschlussfassung der Partei zu, usw. Hier sind aber auch linke Parteien nicht gut vorbereitet und verfügen kaum über bewährte Instrumente, wie sie dem Umkippen von Repräsentation in Dominanz, von Delegation in private Aneignung, entgegenarbeiten. Die Bremer LINKE hatte im Wahlkampf und danach mit einigen Instrumenten experimentiert, z.B. dem Offenen Plenum und einem unabhängigen Internet-

Forum, aber das allein ist keine Lösung. Es bedarf generell einer innerparteilichen Kultur und einer institutionalisierten Kultur zwischen Fraktion, Partei und nahestehender Öffentlichkeit, die Transparenz, Öffnung und demokratisch verbreiterte Entscheidungsfindung garantiert.

Praktischer Linksradikalismus ist also ein Experiment, an dem viele weitere Folgerungen dranhängen. Er zwingt uns, die Frage „Wie hältst du’s mit der Macht?“ konkret zu beantworten, sie eben nicht schematisch und abstrakt wegzuschieben (nach den Mustern A oder B), sondern entlang unserer demokratischen und sozialistischen Überzeugungen durcharbeiten. Es wird der Linken nicht gelingen, die gesellschaftliche Machtfrage zu stellen, wenn sie auf die Frage, wie sie selbst es mit der Macht hält, keine guten Antworten hat.